

Pressemitteilung :

Luxemburg ratifiziert das Kyoto-Abkommen

Die Klimaschutz-Verhandlungen in Bonn konnten - trotz des amerikanischen Boykotts - mit einem Kompromiss abgeschlossen werden. Somit ist der Weg frei damit Luxemburg - wie andere europäischen Länder auch - das modifizierte Kyoto-Abkommen ratifizieren kann. Dies soll nun im Laufe dieser Woche in der Abgeordnetenversammlung erfolgen.

Mit diesem Votum wird erstmals nationaler Klimaschutz rechtsverbindlich festgeschrieben. Was wird dieses Abkommen für Luxemburg nach sich ziehen? Wird damit echter Klimaschutz möglich ?

Aus wissenschaftlicher Sicht sind die mit dem Kyoto-Protokoll vereinbarten Klimaschutzmassnahmen an sich noch gänzlich ungenügend und mit zu vielen Schlupflöchern versehen (Senken, Handel, Transparenz...). Zudem bleiben z.B. die CO2-Emissionen aus dem Flugverkehr unberücksichtigt.

In Rio war noch eindeutig gewesen, was in der Folge immer weiter aufgeweicht werden sollte: die zentrale Verantwortung für die Anreicherung der Atmosphäre mit Treibhausgasen liegt bei den reichen, industrialisierten Ländern. Folgerichtig war in der Klimarahmenkonvention nur von Reduktionszielen die Rede, die sie zu erfüllen haben würden. Die armen Länder blieben außen vor, nicht nur, weil ihre Emissionen bisher quantitativ eine untergeordnete Rolle spielen, sondern weil das Problem ihres Beitrags zur Klimaveränderung gelöst sein wird, sobald das Problem der reichen Länder gelöst ist.

An dieser Verantwortung der reicheren Länder hat sich seit Rio nichts geändert. Um die CO2-Emissionen global auf ein zukunftsfähiges Niveau einzupegeln, gilt es, in den reichen Ländern nachhaltige Formen des Wirtschaftens und Lebens zu entwickeln. Quantitativ heißt das, mit umg. 2 Tonnen CO2 Emissionen pro Kopf und Jahr unsere Bedürfnisse nach Energie- und Mobilitätsdienstleistungen zu befriedigen. Luxemburg zählt derzeit mit seinen rund 20 Tonnen CO2 pro Einwohner und Jahr (1) zur weltweiten Spitzengruppe der Pro-Kopf Emittenten.

Insofern kann auch die Reduktion von 28% der Treibhausgase bis zum Jahr 2010 zu denen sich Luxemburg im Kyoto-Protokoll verpflichtet hat, lediglich als Anfang eines längeren Prozesses gelten.

Doch auch dieses bescheidene Ziel wird nicht so ohne weiteres zu erreichen sein. Das Umweltministerium hat deshalb im Mai 2000 ein nationale Strategiepapier erstellt. Wir sehen jedoch nach wie vor folgende Probleme:

- 1. Sind die Kyoto-Ziele für die gesamte Regierung verpflichtend?

Es ist nach wie vor nicht ersichtlich, ob alle Ministerien, die an der Umsetzung des • Kyoto-Abkommens mitarbeiten müssen, dessen Ziele anerkennen. Zumindestens aus dem Wirtschaftsministerium wurden dazu in Interviews sehr fragwürdige Stellungnahmen abgegeben. Steht die Luxemburger Regierung hinter dem Kyoto-

Abkommen und sind alle Ministerien gewillt konsequent in Richtung Klimaschutz zu arbeiten?

Auch im Detail gibt es Diskrepanzen: So plant das Wirtschaftsministerium zur Zeit eine Neuregelung der Stromeinspeisetarife für Blockheizkraftwerke. Darin werden die Tarife für kleinere Anlagen derart herabgesetzt, dass solche Anlagen riskieren uninteressant zu werden. Eine solche Tarifpolitik des Wirtschaftsministeriums ist nicht vereinbar mit Kyoto-Klimaschutzziele.

2. Wie steht es mit der Kompetenzaufteilung zwischen den einzelnen Ministerien ?

Noch immer ist es nicht zu einer klaren Kompetenzaufteilung zwischen dem Umwelt- und dem Wirtschaftsministerium (bzw. auch dem Wohnungsbauministerium) betreffend die nationale Energiewirtschaft gekommen. Eine kohärente und zielgerichtete Energiewirtschaft, vom Primärenergiepreis, über die Wärmeschutzverordnung von Gebäuden bis zum Einspeisepreis für regenerative Energiequellen, ist jedoch unerlässlich, um eine Wirtschaft mit besserer Energieeffizienz und somit effizienten Klimaschutz zu erreichen.

3. Verkehrsbereich als Pferdefuss der Klimaschutzpolitik

Sind im Energiebereich, vor allem auch durch Initiativen auf kommunaler Ebene, zumindestens Ansätze eines Prozesses zu erkennen, so sind die Emissionen im Verkehrsbereich - auch ohne Tanktourismus - nach wie vor kräftig steigend. Zwischen 1990 und 1998 haben die CO₂-Emissionen durch den Strassenverkehr um 42,5 % (1), diejenigen hervorgerufen durch Tanktourismus sogar um 49% zugenommen. Falls also in Luxemburg der Individualverkehr wie gehabt (Nordstrasse, weitere Autobahnspuren, Parkhäuser im Stadtzentrum...) weiter ausgebaut wird, so riskiert die Kyoto-Ratifizierung reinste Makulatur zu werden.

4. Flexible Mechanismen des Kyoto-Protokolls als nationaler Ausweg ?

Angesichts dieses Emissionsdrucks ist es fragwürdig, ob der Entwicklungs- und Umweltminister sein Versprechen, die sogenannten flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls nicht anwenden zu wollen, nachkommen kann. Mit diesen Mechanismen können Industrieländer zwar nicht ihre eigenen Emissionen senken, sich jedoch die Bemühungen anderer Partnerländer in ihrer Bilanz anrechnen lassen. Aus Solidarität mit den Interessen der indigenen Völker der Südhalbkugel, lehnen wir diese Mechanismen, aus wiederholt schon geäußerten Motiven grundsätzlich ab.

5. Zusammenarbeit aller Akteure im Rahmen einer nationalen Strategie

Damit die nationale Strategie umgesetzt werden kann ist ein verstärktes Zusammenspiel aller Akteure notwendig. Dazu gehört neben dem Staat ebenfalls die Industrie (vor allem die energieintensiven Betriebe) und die Gemeinden. Nur ein Zusammenspiel dieser Hauptakteure kann zum erklärten Reduktionsziel führen. Die nationale Strategie ist demnach vor allem mit konkreten Zielen für die jeweiligen Massnahmen und mit den jeweils verantwortlichen Akteuren zu ergänzen.

6. Subventionen für Solarenergie allein sind nicht ausreichend

Lobenswerterweise hat das Umweltministerium erhöhte Subventionen für private Solaranlagen ab 2001 in die Wege geleitet. Der wesentliche Erfolg dieser Massnahme wird jedoch noch davon abhängen, inwieweit die wirtschaftlichen Voraussetzungen (Einspeisetarife) geschaffen werden, damit auch Betriebe die Solarenergie intensiv nutzen. Trotzdem darf es nicht bei dieser alleinigen Förderung der Solarenergie bleiben. Vor allem im Bereich Energiesparen (Niedrigenergie- und Passivhäuser, energetische Altbausanierung, energiesparende Haushaltsgeräte...) liegen bisher unausgeschöpfte Potenziale. Diese Potenziale gilt es in Zukunft konsequent durch moderne Technik und durch energiesparende Verhaltensweise zu nutzen. Gleiches gilt für den Bereich der Altbausanierung, in dem dringend eine konzertierte Aktion des Umwelt- und Wohnungsbauministeriums in Zusammenarbeit mit den Berufskreisen notwendig ist.

Klimaschutz als Innovationsschub für die Wirtschaft und für Arbeitsplätze

In letzter Zeit bekommen die Klimaschützer Unterstützung von unerwarteter Seite: Wichtige Unternehmen (Ford, DuPont, BP, Amoco, Daimler-Chrysler, General Motors, Texaco) sind seit Kyoto "übergelaufen". Unterstützten sie bis vor kurzem die "Global Climate Alliance", einen Klimaschutz-Bremser-Club, der mit einer 13 Millionen Dollar Kampagne den Treibhauseffekt verharmloste, sind sie inzwischen nicht nur ausgetreten, sondern haben sich als aktive Förderer erneuerbarer Energien und des Ausstiegs aus der Kohlenstoff-Ära geoutet.

Laut der rezenten Marktuntersuchung "Solar Generation", die Greenpeace gemeinsam mit der Europäischen Photovoltaik Vereinigung (EPIA) erstellt hat, könnte sich bis zum Jahr 2020 die jährliche Solaranlagenproduktion weltweit von derzeit 270 Megawatt (MW) um das zweihundertfache auf 54.000 MW erhöhen, wodurch rund 2,3 Millionen Arbeitsplätze in der Solarbranche entstünden.

Diese Beispiele zeigen, dass Klimaschutz durchaus positive Wirkungen auf zukunftssträchtige Arbeitsplätze und Wirtschaftsunternehmen auch in Luxemburg haben könnte. Es ist politisch ratsam diese Chance zu nutzen.

Action Solidarité Tiers Monde asbl
Mouvement Ecologique asbl
(beide Organisationen koordinieren die Aktivitäten der 17 Luxemburger Klimabündnisgemeinden)

(1) Quelle : OECD Bericht 2000, Umweltministerium 'Strategie nationale'